

Antrag
(Alternativantrag)

der Parlamentarischen Gruppe der FDP

**zu dem Antrag der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

- Drucksache 7/8059 -

**Psychische und psychosomatische Erkrankungen von
Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen effek-
tiv bekämpfen**

**"Mental Health Matters" - Versorgung und Forschung psy-
chischer Erkrankungen in Thüringen sichern**

I. Der Landtag stellt fest:

1. Laut Untersuchungen des Robert Koch-Instituts überschreiten rund 20 Prozent der deutschen Bevölkerung den Schwellenwert einer auffälligen Belastung durch depressive Symptome; dies stellt nahezu eine Verdopplung des Anteils an der Bevölkerung seit dem Jahr 2019 dar.
2. Die aktuelle Klinik der Kinder- und Jugendpsychiatrie an der Universitätsklinik Jena ist stark sanierungsbedürftig, räumlich zersplittert und zu klein.
3. Moderne Diagnostik- und Therapiekonzepte benötigen ein adäquates Raumkonzept und der Campus Landgrafen in Jena bietet beste Bedingungen, um in einer effizienten Gesamtflächennutzung Forschung und klinische Nutzung zusammenzuführen.
4. Thüringen koordiniert den mitteldeutschen Standort Jena-Magdeburg-Halle des Deutschen Zentrums für Psychische Gesundheit (DZPG) und nimmt damit eine führende Rolle auf dem Gebiet der Behandlung und Erforschung psychischer Erkrankungen ein.
5. Das DZPG ist das einzige vom Bundesministerium für Bildung und Forschung geförderte Gesundheitsforschungszentrum in Thüringen.

II. Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

1. die Finanzierung des Neubaus der Klinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie zeitnah sicherzustellen, um die geplante Fertigstellung im Jahr 2029 noch zu realisieren;

2. den im Zusammenhang mit dem DZPG stehenden zeitnahen Neubau eines Forschungsgebäudes nach Artikel 91b Grundgesetz am Campus Landgrafen in unmittelbarer Nähe zu den Psychiatrischen Kliniken und Forschungseinrichtungen in Jena durch folgende Maßnahmen sicherzustellen:
 - a) Der Freistaat Thüringen muss seiner Verpflichtung aus Artikel 91b Grundgesetz nachkommen und die vollständige Finanzierung des Landesanteils, also die Hälfte der Gesamtsumme, übernehmen.
 - b) Um die räumliche Nähe des Forschungsgebäudes zu den Psychiatrischen Kliniken und Forschungseinrichtungen zu ermöglichen, soll die Landesregierung mit dem Universitätsklinikum Jena nach Möglichkeiten zum Bereitstellen der benötigten Fläche am Campus Landgrafen in Jena suchen.

Begründung:

Seit Beginn der Corona-Pandemie hat sich der psychische Gesundheitszustand in der Bevölkerung negativ entwickelt. Laut den aktuellen Zahlen der Mental Health Surveillance des Robert Koch-Instituts wird der Anteil der Bevölkerung mit Belastung durch depressive Symptome auf rund 20 Prozent und der Anteil der Bevölkerung mit Belastung durch Angstsymptome auf 13 Prozent geschätzt. Allein der Anteil der Bevölkerung, der durch depressive Symptome belastet wird, hat sich den Erhebungen zufolge seit dem Jahr 2019 nahezu verdoppelt. Angesichts dieser Entwicklungen ist der Ausbau der Kapazitäten zur Erforschung und Behandlung psychischer Erkrankungen zwingend erforderlich.

Der aktuelle Zustand der drei Standorte der Psychosomatik des Universitätsklinikums Jena entspricht nicht dem aktuellen Bedarf. Die aktuelle Klinik der Kinder- und Jugendpsychiatrie an der Universitätsklinik Jena ist stark sanierungsbedürftig, räumlich zersplittert und zu klein. Angesichts des deutlich gestiegenen Behandlungsbedarfs bei psychischen Erkrankungen bei Kindern und Jugendlichen ist es zwingend erforderlich, dass durch das Land die Finanzierung des Neubaus der Klinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie zeitnah sichergestellt wird, um die geplante Fertigstellung im Jahr 2029 noch zu realisieren.

Indem der Aufbau des DZPG durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung gefördert wird und der Standort Jena federführender Partner des mitteldeutschen Verbundstandorts "Jena-Halle-Magdeburg" ist, übernimmt das DZPG am Universitätsklinikum Jena zukünftig national eine führende Rolle auf dem Gebiet der Behandlung und Erforschung psychischer Erkrankungen. Um dieser Verantwortung gerecht zu werden, müssen insbesondere die notwendigen baulichen Voraussetzungen geschaffen werden. Wesentlich hierfür ist, dass die Finanzierung abgesichert ist. Angesichts der Förderzusage des Bundesministeriums muss nun auch das Land seinen Verpflichtungen nachkommen und den eigenen Anteil, die Hälfte der Gesamtsumme, vollständig übernehmen. Der Campus Landgrafen in Jena bietet zwar beste Bedingungen, um in einer effizienten Gesamtflächennutzung Forschung und klinische Nutzung zusammenzuführen, verfügt bislang aber nicht über eine ausreichende Fläche. Angesichts der unmittelbar angrenzenden landeseigenen Grundstücke ist es daher zwingend erforderlich, dass die Landesregierung mit dem Universitätsklinikum Jena nach Möglichkeiten zum Bereitstellen der benötigten Fläche am Campus Landgrafen sucht.

Für die Parlamentarische Gruppe:

Montag